



## **Newsletter *Gesundheit und Soziales*, Ausgabe 14/2011**

---

### **Hartz IV-Novelle für Grüne nicht zustimmungsfähig**

**Diskussionsveranstaltung zu den Regelsätzen am 2. März**

**Nachgefragt: Barrierefreie Schulturnhallen in der Bürgerschaft**

**Krankenversicherung für Selbstständige mit niedrigen Einkünften sichern**

**Bürgerschaft nimmt sich der Anliegen intersexueller Menschen an**

---

### **Hartz IV-Novelle für Grüne nicht zustimmungsfähig**

Die Grünen halten das Ergebnis der Vermittlung bei der Hartz IV-Novelle für nicht zustimmungsfähig. Im Vorfeld der Bundesratsabstimmung erklärt der sozialpolitische Sprecher Horst Frehe: „Der erzielte Kompromiss stellt zwar in Bezug auf das Bildungspaket für Kinder aus armen Familien eine Verbesserung dar. Die Fortschritte beim Bildungspaket können aber nicht darüber hinweg täuschen, dass fast fünf Millionen erwachsene Hartz-IV-Beziehende im Regen stehen gelassen werden. Wir werden unsere Hand nicht für ein Gesetz heben, das die Regelsätze nicht verfassungskonform ausgestaltet. Die Bundesregierung hantiert nach wie vor mit Zirkelschlüssen, die das Bundesverfassungsgericht nicht erlaubt. Wer selbst nicht genug zum Leben hat, kann mit seinen Ausgaben nicht der Maßstab für die Berechnung des Existenzminimums sein. Das aber ist beim Vorgehen der Bundesregierung der Fall, indem sie AufstockerInnen und verdeckt Arme in die Vergleichsgruppe einrechnet.“

Auch beim Themenkomplex ‚Mindestlöhne‘ gab es aus Sicht der Grünen zu wenig Bewegung. CDU und FDP weigern sich, die Beschäftigten mit einer allgemein gültigen Lohnuntergrenze zu schützen. Dazu Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin: „Vollzeitbeschäftigte dürfen nicht durch Dumpinglöhne gezwungen sein, für ihre Existenzsicherung zusätzlich Hartz IV beantragen zu müssen. Der gesetzliche Mindestlohn ist daher notwendiger Bestandteil einer Hartz-IV-Reform. Die jetzt vorgesehene minimale Ausweitung von Mindestlöhnen in der Weiterbildungsbranche und Sicherheitsdienstleistungen leistet dies hingegen nicht. Um Menschen flächendeckend vor Ausbeutung durch Lohndumping zu schützen, fordern wir eine Mindestlohn-Kommission. Die Kommission aus Gewerkschaften, Arbeitgebern und Wissenschaft soll eine generelle existenzsichernde Lohn-Untergrenze vorschlagen. Die Lohn-Untergrenze darf bei Vollzeitbeschäftigung nicht

unterlaufen werden. Unlauterer Wettbewerb und Niedrigstlöhne werden so verhindert.“

### **Diskussionsveranstaltung zum Ergebnis des Vermittlungsausschusses**

Wie sind die Verhandlungen gelaufen, wie sind die Ergebnisse zu bewerten, wie geht es weiter? Über diese Fragen möchten wir mit Fachleuten und Interessierten diskutieren am 2. März um 16 Uhr in der Bürgerschaft. Moderiert vom sozialpolitischen Sprecher der Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Horst Frehe berichten und bewerten unsere Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Karoline Linnert, der Sozialberater Martin Lühr von der agab e.V. und der Richter am Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen Christoph Wüdrich.

Die gesamte Einladung finden Sie hier:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/372/372099.kompromiss\\_oder\\_scheitern\\_regelsatzverha.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/372/372099.kompromiss_oder_scheitern_regelsatzverha.html)

### **Frage nach barrierefreien Schulturnhallen**

In der Fragestunde der Stadtbürgerschaft hat der Senat auf eine Frage in der Fragestunde des grünen Abgeordneten Horst Frehe geantwortet, der vom Senat wissen wollte, welche Schulturnhallen über barrierefreie Zugänge, Toiletten und Waschräume für Rollstuhlfahrer verfügen und wie das Angebot für die Behindertensportvereine aussieht (wir berichteten im Newsletter Nr. 13). Neue Turnhallen würden sowieso behindertengerecht gebaut, wie zum Beispiel die Turnhalle Weidedamm, andere bei Sanierungsmaßnahmen entsprechend umgebaut. Mindestens für den barrierefreien Zugang angepasst sind zurzeit die Turnhallen an der Albert-Einstein-Schule in Bremen-Osterholz, an der Betonstraße in Farge, an der Schule Roter Sand in Woltmershausen, an der Herbartstraße in Vegesack und am Lüssumer Ring. Der Bedarf des Behindertensports konnte bislang gedeckt werden.

### **Krankenversicherung für Selbstständige mit niedrigen Einkünften sichern**

Gemeinsam mit der SPD haben wir einen Antrag an die Bürgerschaft eingereicht, mit der wir den Senat auffordern, durch eine Bundesratsinitiative die Situation von Menschen zu verbessern, die sich selbstständig machen, deren Einkünfte dann aber zum Teil unter der Armutsgrenze liegen und die aber trotzdem sehr hohe Beiträge für die Krankenversicherung zahlen müssen. Es handelt sich dabei um gut zwei Millionen Menschen, die derzeit in Deutschland selbstständig tätig sind und die keine weiteren Beschäftigten haben.

Der Antrag wird voraussichtlich in der Bürgerschaft im April debattiert.

Den Antrag im Wortlaut finden Sie hier:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/371/371303.antrag\\_krankenversicherung\\_fuer\\_selbste.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/371/371303.antrag_krankenversicherung_fuer_selbste.pdf)

### **Bürgerschaft nimmt sich der Anliegen intersexueller Menschen an**

Die Lage jener Menschen, die sich biologisch nicht eindeutig der Kategorie „Mann“ oder „Frau“ zuordnen lassen, geriet am Beispiel der Leichtathletin Mokgadi Caster Semenya ins öffentliche Bewusstsein, die 2009 bei den Leichtathletik-

Weltmeisterschaften den 800-Meter-Lauf der Frauen gewann, die Startberechtigung bei den Frauen jedoch anschließend in Zweifel gezogen wurde. Erst ab Juli 2010 konnte sie wieder bei den Frauen starten.

Ein von allen Fraktionen (zum Zeitpunkt der Antragstellung hatte die FDP noch eine Fraktion) getragener Antrag, den die grüne Bürgerschaftsfraktion angeregt hatte, nahm sich sehr ernsthaft dieses Themas an. Björn Fecker, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen-Fraktion, schilderte die Problematik: „Dieses Schicksal beginnt oft mit der Operation an den Genitalien, die ohne eigene Einwilligung im Kindesalter vorgenommen wird und das sexuelle Empfinden langfristig vermindert oder gar zerstört. Zudem werden durchweg die Hormone produzierenden inneren Geschlechtsorgane entfernt. Es folgt eine lebenslange Substitution mit körperfremden Hormonen, was erhebliche gesundheitliche Probleme nach sich zieht. Massive psychische und physische Schäden sind das dauerhafte Resultat der Behandlung. Reden können die Betroffenen darüber nicht.“ Fecker erläuterte die Stoßrichtung des Antrags: „Wir fordern heute zu überprüfen, ob es tatsächlich diesen zeitlichen Druck nach der Geburt geben muss, das Geschlecht festzulegen oder ob Eltern hier nicht die Chance haben müssen, ohne Zeitdruck Entscheidungen zu treffen. Denn das allerwichtigste ist, dass Eltern kompetente Beratung erhalten und nicht zu einer Entscheidung gedrängt werden. Dass es intersexuelle Menschen gibt, sollte allen bewusst sein. Und zwar nicht nur dann, wenn es wie im Fall von Caster Semenya, eine prominente Sportlerin betrifft. Hier hat auch die Schule als wichtiger Ausbildungsbetrieb eine Verantwortung. Und schlussendlich bitten wir den Senat, dieses Thema auch in den Bereich der Ärzte und Hebammen zu tragen. Denn auch dort, das sagen auch diejenigen selbst, besteht durchaus Bedarf an Fort- und Weiterbildung. Dass kein Mensch rechtlich diskriminiert werden darf, auch da sind wir uns alle einig.“

### **Ansprechbar für Nachfragen:**



Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin  
[Doris.Hoch@gruene-bremerhaven.de](mailto:Doris.Hoch@gruene-bremerhaven.de)  
(Tel.: 0421/3011-299)



Horst Frehe, sozial- und behindertenpolitischer Sprecher  
[Horst.Frehe@gruene-bremen.de](mailto:Horst.Frehe@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-233)



Dirk Schmidtman, altenpolitischer Sprecher  
[Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de](mailto:Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-233)



Janne Müller, Referentin für Soziales, Alten- u. Behindertenpolitik u. Beiräte  
[Janne.Mueller@gruene-bremen.de](mailto:Janne.Mueller@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-241)



Andrea Quick, Referentin für Gesundheit, Frauen und Arbeit  
[Andrea.Quick@gruene-bremen.de](mailto:Andrea.Quick@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-252)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/gesundheit.soziales-bremen>